

„Informieren und aufklären“

SOZIALBEREICH: Gegen Drohungen und Druck auf die Mitarbeiter

BOZEN. Nachdem nun 2 Impfstoffe in der EU zugelassen worden sind und zum Teil auch schon in Südtirol geimpft werden, werde es jetzt darauf ankommen, „wie Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet wird“, schreibt Marta von Wohlgemuth vom Landesverband der Sozialberufe in einer Aussendung. Druck und Drohungen auf die Mitarbeiter könnten nie eine Antwort auf Sorgen und Ängste sein, so von Wohlgemuth.

Die Impfung habe nicht nur Auswirkungen auf Einzelne, sondern auf die gesamte Gesellschaft. „Es gibt keine Impfpflicht, die Verordnung regelt derzeit ausschließlich ein Recht auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2“, schreibt von Wohlgemuth in einer Aussendung. Es sei verständlich und nachvollziehbar, „die Mitarbeiterinnen schützen



Marta von Wohlgemuth

br

zu wollen, denn sie betreuen und pflegen an vorderster Stelle, haben engen Kontakt mit gefährdeten Personengruppen und somit ein erhöhtes Risiko, sich oder Schutzbedürftige anzustecken“.

Der Landesverband erhalte immer wieder Schreiben, aus denen hervorgehe, dass die Impfung eine Dienstpflicht sein müsse, wer sich nicht impfen lasse, dem solle kein Kranken-

stand mehr bezahlt werden, wenn er sich infiziere, befristete Verträge sollten nicht mehr verlängert werden bis hin zur Forderung nach Kündigungen. „Druck und Drohungen waren und sind nie eine Antwort auf Sorgen und Ängste der Mitarbeiterinnen. Neutrale Information, Wissen, Vertrauen, Offenheit und Transparenz haben hier eindeutig die besseren Karten“, erklärt Marta von Wohlgemuth.

Man dürfe nicht vergessen, dass gerade diese Mitarbeiter es seien, „die sich jetzt seit fast einem Jahr an vorderster Stelle gegen die Pandemie stemmen und mit ihrem Engagement ihren Beitrag leisten, infizierte Personen am Leben zu halten und den Kampf um Leben und Tod, der sich täglich Pflegeeinrichtungen abspielt, begleiten und begleitet haben“, heißt es in der Aussendung abschließend.